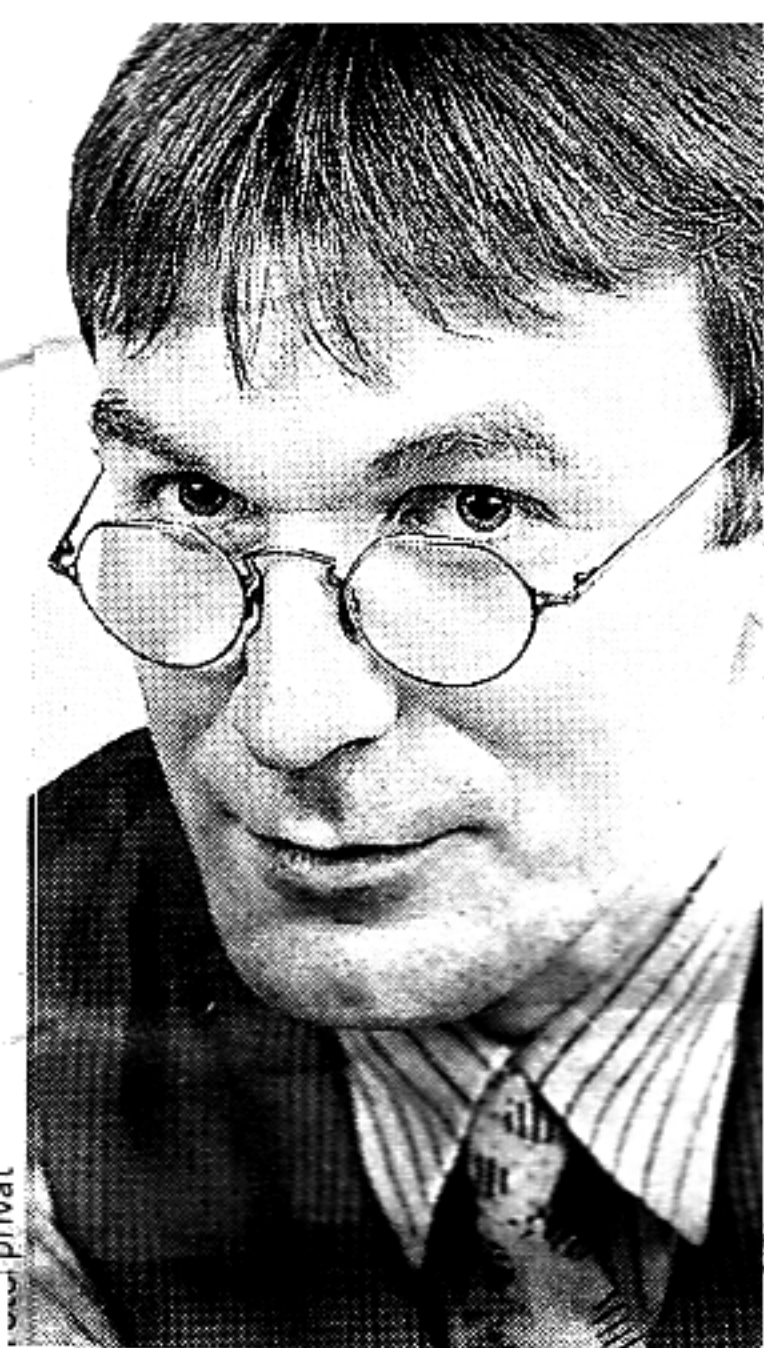


# Sowjetmenschen im Sozialstaat

Was in Ostdeutschland falsch läuft: Das Wohlfahrtssystem konserviert das üble Erbe der DDR/VON JERZY MAĆKÓW

● Miese Stimmung, hohe Arbeitslosigkeit, rechte Gewalt und Mutlosigkeit, wohin man blickt – das ist die Lage des deutschen Ostens im zwölften Jahr der Einheit. Wie kurz vor dem Ende der DDR emigrieren die Flexiblen und Jungen in den Westen

● Besserung ist durchaus möglich. Doch am Anfang muss ein nüchterner Befund stehen: So sowjetisiert wie die DDR war kaum ein Land im Ostblock – mit Folgen bis heute



Jerzy Maćków

lehrt Politologie an der Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder. Der 1961 im polnischen Wilamowa geborene Wissenschaftler gilt als hervorragender Kenner der Politik in Osteuropa. Im Verlag Nomos erschien 1998 seine vergleichende Studie über den Umbruch in Polen und Russland

Mit der deutschen Einheit hatte kaum jemand gerechnet. Sie kam, bis auf die Demonstrationen in einigen Städten der DDR, 1989 fast ohne Zutun der Deutschen, deren Politiker nur die Abwicklung der Wiedervereinigung betrieben. Deshalb hat man sich daran gewöhnt, in ihr einen selbstverständlichen Vorgang zu sehen, der verbindet, was sowieso zusammengehört. Doch diese Sicht gab und gibt die Realität unzureichend wieder. Das Deutschland einende Gefühl selbstverständlicher Zusammengehörigkeit ändert nichts daran, dass zwei ganz unterschiedliche Gesellschaften in einen Staat eingeflossen sind. Der staatliche Rahmen der gemeinsamen Verfassung, der gemeinsamen Gesetze, des gemeinsamen Wirtschaftsraumes oder der gemeinsamen Außenpolitik hat dieser Unterschiedlichkeit zwar neue Akzente verliehen – eine deutsche Gesellschaft aber gibt es bis heute nicht.

Es gibt eine deutsche Nation. Aber die Entwicklung der Gesellschaft verläuft noch immer in zwei Bahnen: in der östlichen und der westlichen. Die Ursprünge dieser Trennung sind einerseits im doppelt totalitären Erbe der ostdeutschen Gesellschaft zu suchen. Andererseits aber entstammen sie der Entwicklung seit der Wiedervereinigung. Es ist die beispiellose sozialstaatliche Abfederung des Vereinigungsprozesses, die es Ostdeutschen erlaubt, in sowjetsozialistischer Mentalität zu verharren. Warum ist das so?

Ostdeutschland stellt einen Sonderfall der postkommunistischen Systemtransformation dar. Diese Transformation hat das Ziel, die kommunistisch-totalitär verfasste Gesellschaft zur Demokratie und zum Markt zu führen sowie die neuen Systeme zu festigen. Das Besondere dieser Umwandlung in Ostdeutschland im Vergleich zu anderen postkommunistischen Gesellschaften liegt darin, dass sie innerhalb eines westlichen Staates stattfindet.

Neben vielen Ähnlichkeiten der Gesellschaften gibt es für jedes Land spezifische, historisch-kulturell geprägte Entwicklungen. Die so genannte Transformationsforschung erklärt diese Besonderheiten mit den Traditionen des jeweiligen Landes vor dem Kommunismus, mit dem Erbe der kommunistischen Herrschaft im jeweiligen Land und mit den je besonderen Bedingungen des Umbruchs.

Hierzulande dagegen tut man gern so, als hätte in Ostdeutschland 1989/1990 die Stunde null geschlagen, als hätte sich Ostdeutschland mittels eines Zauberspruchs seines doppelten totalitären Erbes entledigt. Diese verkürzte Sicht ist nachvollziehbar angesichts des Vorrangs der Aufgabe, die nationale Wiedervereinigung Deutschlands zu vollenden. Doch die Konzentration auf das Nationale führt zur Unfähigkeit, geschichtlich zu denken und Vergleiche mit anderen postkommunistischen Gesellschaften zu ziehen. Da die ostdeutsche Gesellschaft so gut wie nie als eine postkommunistische betrachtet wird, werden zur Erklärung der ostdeutschen Transformation bis heute Mythen bemüht.

Im nationalen Rausch zu Beginn der neunziger Jahre betrachtete man die DDR allen offenkundigen Indizien zum Trotz als das wirtschaftlich erfolgreichste Land der eben zerfallenen „sozialistischen Staatengemeinschaft“. Wie schwer die Aufgaben waren, vor der das wiedervereinigte Deutschland stand, geriet völlig aus dem Blick. Tatsächlich musste niemals zuvor in der Geschichte eine ökonomisch am Boden liegende Gesellschaft binnen kürzester Zeit in eine Wohlstandsgesellschaft integriert werden. Die Vorstellung vom „tüchtigen Deutschen“ konnte keine andere Lösung dieses Problems bieten als den Aufruf, nun müsse man eben die Ärmel hochkrempeln und arbeiten.

Mit der Massenarbeitslosigkeit kam bereits in den frühen neunziger Jahren tiefe Ernüchterung. Und bis heute gibt es keinerlei realistische Perspektive, wie

Ostdeutschland – mittlerweile ein Land mit moderner Infrastruktur – die ökonomische Stärke der alten Bundesländer erreichen könnte. Seit Jahren fällt das Wirtschaftswachstum im Osten der Bundesrepublik geringer aus als im Westen.

Die Westdeutschen kaufen sich mit finanziellen Opfern für die Wiedervereinigung von der Verunsicherung frei. Die meisten von ihnen sind mittlerweile nur noch an der Fortsetzung des in der alten Bundesrepublik Gewöhnten interessiert. Viele Ostdeutsche wiederum reklamieren, wie eine Kolonie behandelt zu werden, ohne zuzugeben, dass ebendiese Kolonisierung ihnen eine geschichtlich einmalige Steigerung des Lebensstandards gebracht hat. Und beiden Seiten gemeinsam ist die Überzeugung, die gewünschte Entwicklung in den neuen Bundesländern hänge von der Höhe des Geldtransfers aus dem Westen ab. Dieser neue Mythos ist an die Stelle der Erzählung vom „tüchtigen Deutschen“ getreten.

Vielleicht tragen die hässlichen und gefährlichen Erscheinungen des ostdeutschen Rechtsextremismus dazu bei, dass man endlich beginnt, die Realität der ostdeutschen Gesellschaft zu erkennen. Am Anfang müsste die nüchterne Feststellung stehen, dass diese Gesellschaft – neben Weißrussland, Bulgarien, der Ostukraine, Russland und der Tschechoslowakei – zu den am meisten sowjetisierten in der „sozialistischen Staatengemeinschaft“ gehörte.

Die mittel- und osteuropäischen Gesellschaften haben sich dem kommunistischen System zu je unterschiedlichem Grad angepasst. Um den Preis absoluter Loyalität gegenüber dem Staat bot dieses System seinen Untertanen beträchtliche Aufstiegschancen, nach 1956 auf niedrigem Niveau auch ökonomische Sicherheit. Um sich die Loyalität der Untertanen zu sichern, bemühten sich die Kommunisten, die Vertreter der alten Eliten zu beseitigen und keine neuen Gegeneliten – ob intellektueller, politischer, moralischer, kultureller oder ökonomischer Art – entstehen zu lassen. Wo die Unterordnung der Gesellschaft unter den Staat am besten gelang, war das System am stabilsten, die totalitär verfasste Gesellschaft am gründlichsten sowjetisiert.

Die Gesellschaft der DDR wurde auf den kommunistischen Totalitarismus bereits durch die nationalsozialistische Gleichschaltung und den Krieg vorbereitet. Von 1949 bis zum Mauerbau flohen knapp 2,7 Millionen Untertanen in den Westen. Anschließend ließ sich die DDR für etwa 250 000 Familienzusammenführungen und für die Freilassung von gut 30 000 politischen Gefangenen von der Bundesrepublik bezahlen. Das zentrale Problem der Gegeneliten erledigte sich auf diese Weise weitgehend von selbst.

Die Entkirchlichung der DDR-Gesellschaft zeigte wiederum den Verlust herkömmlicher Wertesysteme an. Sie schritt in der DDR noch dynamischer voran als in Russland und der Ukraine. Die evangelische Kirche, potenziell die größte unabhängige Kraft im deutschen Staat des Sowjetsozialismus, wurde von der Stasi zumindest kontrolliert. Dies gilt auch für die winzige politische Gegenelite der „Friedensbewegung“, die zur Endzeit der DDR nicht einmal imstande war, ein auch nur halbwegs überzeugendes politisches Programm vorzulegen, geschweige denn die politische Führung zu übernehmen.

Auch ökonomisch gehörte die DDR zu den größten Verlierern im Ostblock. Durch die Nähe der Bundesrepublik gezwungen, der Bevölkerung einen volkswirtschaftlich unverwertbaren Lebensstandard zu gewähren, endete der Staat im Desaster. Die Auslandsverschuldung pro Kopf war (nach Ungarn) die zweithöchste aller kommunistischen Staaten, die Währung der DDR 1990 so gut wie wertlos.

In der Bundesrepublik spricht man in Bezug auf die DDR noch immer von einer „Nischengesell-

schaft“. Dieser Euphemismus umschreibt eine an das totalitäre System angepasste Bevölkerung, die sich mit dem repressiven Überwachungsstaat abgefunden hatte und ihr kleines Glück abseits der öffentlichen Sphäre suchte. Atomisierte Menschen ohne Geschichtsbewusstsein und herkömmliche Wertesysteme, ehrfürchtig den Staat anbetend, welcher ihr gesamtes Leben organisiert und ihre Existenz sichert – solche Menschen nennt man Sowjetmenschen.

Die Übertragung der westdeutschen Systeme auf Ostdeutschland erleichterte die Transformation ungemein. In den anderen postkommunistischen Staaten musste die Entwicklung hin zum Rechtsstaat erst eingeschlagen werden. An diesem Schritt sind die Länder ohne Traditionen westlicher Zivilgesellschaftlichkeit gescheitert. Wo wiederum, wie in Mittel- und Nordosteuropa, der Rechtsstaat erfolgreich errichtet wurde, muss das moderne Rechtssystem erst in mühseliger parlamentarischer Arbeit etabliert und von der maroden Justiz verwirklicht werden.

Auch die sozialen Härten der Umwandlung wurden vom Hypersozialstaat der Bundesrepublik so gut wie lückenlos aufgefangen, während die östlichen und südlichen Nachbarn der ehemaligen DDR ihre Arbeits- und Sozialämter erst aufbauen mussten. Nie besaß man dort Mittel, wie sie die Staatskasse der Bundesrepublik den neuen Bundesländern zur Verfügung stellte. Dennoch haben in den neunziger Jahren eine Million Bürger Ostdeutschland verlassen. Umfragen zufolge, sieht die Hälfte der brandenburgischen Jugendlichen ihre Zukunft in den alten Bundesländern. Dagegen hat die Emigration aus anderen Ländern Mitteleuropas nach dem Kollaps des Kommunismus deutlich abgenommen.

Beinahe zwei Billionen Mark haben die 16 Millionen Ostdeutschen in einem Jahrzehnt als Transferleistungen vom Westen erhalten. Das ist gut zweimal so viel wie das jährliche Bruttoinlandsprodukt von Weißrussland, der Ukraine, Polen, Tschechien, Ungarn, der Slowakei, Slowenien, Litauen, Lettland und Estland zusammen genommen – in diesen

„Atomisierte Menschen ohne Geschichtsbewusstsein und überlieferte Wertesysteme, ehrfürchtig den Staat anbetend, der ihre Existenz sichert und ihr ganzes Leben organisiert – solche Menschen nennt man Sowjetmenschen“

Ländern leben 130 Millionen Menschen. Auf die einmalige Herausforderung der postkommunistischen Umwandlung innerhalb eines Wohlstandsstaates reagierte die Bundesrepublik also mit den größten Finanzhilfen, die einer Gesellschaft je zur Verfügung gestellt wurden. Je mehr Geld von außen, desto günstiger die gesellschaftliche Entwicklung: Wäre diese Gleichung mehr als ein Mythos, müsste Ostdeutschland heute ausschließlich von Engeln bewohnt sein.

Kein Zweifel, die sozialen und materiellen Belastungen der Systemtransformation fallen in den übrigen postkommunistischen Gesellschaften härter aus. Dafür aber weisen die erfolgreichen Reformstaaten Mitteleuropas eine gute ökonomische Entwicklung auf und haben – wichtiger noch – stabile parlamentarische Demokratien aufgebaut.

Der Sowjetmensch, jenes perfekte Produkt des kommunistischen Systems, das unreflektiert seine Freiheit auf dem Altar der unbegrenzten Loyalität gegenüber dem Staat opferte, war in jedem kommunistischen Staat zu finden. Doch nach dem Zusam-

menbruch des Kommunismus hat sich bestätigt, was zu vermuten war: Wo der marktwirtschaftliche Umbruch ausgeblieben ist, haben sich autoritäre politische Systeme etabliert, und die wirtschaftliche Katastrophe wurde zum Dauerzustand. Dort hat sich zudem der Homo sovieticus als am beständigsten erwiesen. Wo hingegen der Markt Fuß gefasst hat, bedeutet seine unsichtbare Hand den wichtigsten Erzieher, imstande, die postkommunistischen Gesellschaften mental umzuformen. Selbst die Verlierer des Wandels können dort nicht umhin, zu akzeptieren, dass sie selbst für ihr Schicksal verantwortlich sind. Wehrt sich der Einzelne gegen diese Wahrheit, lebt der Sowjetmensch in ihm weiter. Es handelt sich dann um den Sowjetmenschen unter Marktbedingungen.

Mit solchen, das neue System ablehnenden Sowjetmenschen haben wir es in den neuen Bundesländern häufig zu tun. In Ostdeutschland wurde die positive erzieherische Wirkung des Marktes eingeschränkt. Die Politik setzte seine Mechanismen auf dem Währungs- und Lohnsektor außer Kraft, um eine schnelle Angleichung der Einkommen an das Westniveau zu erreichen. Zugleich aber ließ man den Markt dort wüten, wo die künstlich hochgesetzten Löhne drastisch höher waren als die Arbeitsproduktivität – mit extremer Arbeitslosigkeit als Folge. Obendrauf hat man den über alle Maßen ausgebauten Sozialstaat der alten Bundesrepublik gesetzt, der vielen Arbeitslosen die Suche nach Beschäftigung ganz irrational erscheinen lässt.

Die Lage der Ostdeutschen ist besonders. Viele von ihnen, unter die Fittiche des Sozialstaates geraten, sind zu Verlierern geworden, obwohl sie – gemessen am DDR-Standard – in zuvor nicht gekanntem Wohlstand leben. Das Gefühl, den eigenen Unterhalt nicht selbst bestreiten zu können, fördert bekanntlich Frustrationen. Es gibt aber auch Frustrierte unter denjenigen, die sich am Arbeitsmarkt durchgesetzt haben oder von den neuen (westdeutschen) Betriebs- und Behördenleitungen übernommen wurden. Die meisten dieser Menschen können sich in der neuen Ordnung nicht so gut behaupten wie die Westdeutschen. Die geringere Arbeitseffizienz der Ostdeutschen zeugt von einem selbstverständlichen Nachholbedarf, den auch andere postkommunistische Gesellschaften kennen. Dass mancher Westdeutsche diese einfache Wahrheit nicht zu begreifen scheint, macht die Lage nicht einfacher.

Doch vor allem sind es die herrschenden Mythen der Transformation, die der Besserung im Wege stehen. Die Lage in den neuen Bundesländern vermögen sie nicht zu erklären. Deshalb kompensieren Ostdeutsche ihre Frustration, indem sie Fremde und „Asoziale“ – Obdachlose, Homosexuelle, Linke – für ihre eigenen Probleme verantwortlich machen. Im rechtsextremen Spektrum knüpft man dabei ideologisch direkt an den Nationalsozialismus an.

Ob man diese Zustände verändern kann? Sicher könnte man das. Aber dazu wären Reformen nötig, die den Abschied von der bisherigen Entwicklung in der Bundesrepublik bedeuten würden: weniger Sozialstaat, weniger Staat überhaupt, mehr Eigenverantwortung. Dies würde sich positiv auch auf die sozialpsychologische Lage in Ostdeutschland auswirken. Wo der Staat wenig zu verteilen hat, sorgen die Menschen selbst für ihre Existenz. Die Fremden werden dabei, auch wenn es Rassismus geben mag, nicht in erster Linie als Schmarotzer gesehen, darauf aus, Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen, sondern als Mit-Arbeitende und Mit-Bürger. Doch für solche Reformen gibt es in Deutschland keine gesellschaftliche und politische Basis. So bleibt nur, den Generationenwechsel abzuwarten. Der wird die Lage in den neuen Bundesländern verbessern – womöglich schon in wenigen Jahrzehnten.